

Weniger Sterbefälle an Herz-Kreislauf-Krankheiten

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Sterbeziffer (Gestorbene je 100 000 Einwohner) 1982 geringfügig zurückgegangen, und zwar von 1171 im Jahre 1981 auf 1161. Die Zahl der Gestorbenen hat sich gegenüber 1981 um 6300 verringert (1982: 715 900 Personen). Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.

1982 verstarben an Krankheiten des Kreislaufsystems 360 500 Personen, das waren 6700 weniger als 1981. Allein bei 82 700 Personen ist als Todesursache eine Folge eines Herzinfarktes festgestellt worden. Während 1982 159 900 Personen an bösartigen Neubildungen starben, waren 42 300 der Sterbefälle auf Krankheiten der Atmungsorgane zurückzuführen. Bei 5,1 Prozent aller Gestorbenen waren Krankheiten der Verdauungsorgane die Todesursache. Verletzungen und Vergiftungen waren bei 5,9 Prozent aller Sterbefälle ursächlich. Auch die Müttersterblichkeit ist von 125 (1981) auf 109 (1982) zurückgegangen. Ebenso verringerte sich auch die Säuglingssterblichkeit (im ersten Lebensjahr Gestorbene je 1000 Lebendgeborene), und zwar von 11,6 (1981) auf 10,9 (1982). EB

Forschungsgemeinschaft: 10 000 Projekte

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat im vergangenen Jahr über einen Etat von 888,2 Millionen DM verfügt, das waren rund 4,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im soeben veröffentlichten Jahresbericht 1982 der DFG weist ihr Präsident, Professor Dr. Eugen Seibold, darauf hin, daß etwa 55 Prozent der Mittel dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugute gekommen seien: 3546 wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte sowie 6864 wissenschaftliche Mitarbeiter waren in den über

10 000 Projekten tätig, die von der DFG in allen wissenschaftlichen Disziplinen gefördert wurden. Hinzu kamen 431 Forschungs-, Ausbildungs- und Habilitandenstipendien sowie 209 Stipendien im Heisenberg-Programm, das eigens für die Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses eingerichtet wurde. Der Anteil der Wissenschaftsbereiche an den Bewilligungen der DFG blieb auch 1982 relativ konstant. Auf die Geistes- und Sozialwissenschaften entfielen 17,7 Prozent, auf die Biowissenschaften (einschließlich Medizin) 36,6 Prozent, auf die Naturwissenschaften 24,4 Prozent und auf die Ingenieurwissenschaften 21,3 Prozent. EB

Prioritäten im Hochschulbau

Vordringliches Ziel der Rahmenplanung für den Hochschulbau bleibt die Funktionsfähigkeit der Hochschulen. Hierauf verständigten sich Bund und Länder mit Beschluß über den 13. Rahmenplan für den Hochschulbau in der Sitzung des gemeinsamen Planungsausschusses am 20. Juni 1983. Neben der Weiterführung des bereits begonnenen Bauprogramms wurden Neuvorhaben in Höhe von rund 900 Millionen DM freigegeben.

Schwerpunkte des Ausbauprogramms sind:

- ▷ Großgerätebeschaffungen und Neubau von Forschungseinrichtungen,
- ▷ Konsolidierung der neugegründeten Hochschulen durch Neubauten,
- ▷ Erhaltung der Funktionsfähigkeit der älteren Hochschulen, insbesondere in hochbelasteten Fächern,
- ▷ Ausbau der Fachhochschulen,
- ▷ Sicherung der Lehre, Forschung und Krankenversorgung an Hochschulkliniken. EB

Betriebskrankenkassen: Neues Ausgleichsverfahren empfohlen

Die gesetzlichen Krankenkassen sollten nicht wie bisher ihre tatsächlichen Aufwendungen in den Finanzausgleich zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) einbringen, sondern lediglich durchschnittliche und damit fiktive Beiträge.

Nur dadurch ließen sich die Fehlsteuerungen des derzeitigen Ausgleichsverfahrens beseitigen, und die Krankenkassen würden angehalten, sparsam zu wirtschaften.

Dies stellte der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BdB), Essen, in einem detaillierten Vorschlag zur Revision der KVdR fest, den er dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zugeleitet hat.

Der Betriebskrankenkassen-Bundesverband bemängelt, daß sich das seit sechs Jahren auf gesetzlicher Grundlage praktizierte Verfahren – mit einem Volumen von jährlich mehr als 30 Milliarden DM – zunehmend negativ für die Betriebskrankenkassen und andere Kassenarten ausgewirkt habe. Der für alle Krankenkassen gleiche Beitragssatz für die Krankenversicherung der Rentner stieg von 1977 bis 1981 fast zehnmal so stark wie das Beitragsniveau der erwerbsaktiven Versicherten.

Dem Reformvorschlag der Betriebskrankenkassen zufolge würden Kassen mit relativ geringen Pro-Kopf-Ausgaben für die KVdR zu Lasten der Krankenkassen mit verhältnismäßig hohen Aufwendungen begünstigt werden.

Eine derartige Korrektur des Ausgleichsverfahrens erscheine besonders jetzt geboten, da nach dem Willen der Bundesregierung das Ausgleichsverfahren um die Rentner der Knappschaftlichen Krankenversicherung erweitert werden solle. EB